

sie infolge der Terminänderung ihre Lehrlinge nun etwas früher als zunächst vorgesehen zur Reichsschule nach Leipzig beurlauben müssen.

Die Lehrgänge bis einschließlich März 1939 sind besetzt und geschlossen. Für die übrigen Lehrgänge werden jederzeit bei der Verwaltungsstelle der Reichsschule, Leipzig C 1, Gerichtsweg 26, Vormerkmale angenommen. Bestimmten Terminwünschen wird nach Möglichkeit entsprochen. Sie können in der Regel nur berücksichtigt werden, wenn sie mindestens vier Monate vor Lehrgangsbeginn dort vorliegen. Die Einberufungen zum April-Lehrgang ergehen noch im Dezember. Die Lehrgänge

April bis einschließlich August kommen vor allem für die Lehrlinge in Frage, die bereits im Frühjahr 1939 ihre Prüfung ablegen, zuvor jedoch auf der Reichsschule nicht aufgenommen werden können, und für diejenigen, die sich im Herbst 1939 zur Prüfung stellen werden. Zu beachten ist wie bisher, daß mehrere Lehrlinge einer Firma nicht den gleichen Lehrgang besuchen sollen.

Für die Leipziger Lehrlinge, die die Deutsche Buchhändler-Lehranstalt bis zum Ende ihrer Lehrzeit besuchen, gilt weiter die bekannte Sonderregelung.

Leipzig, den 8. Dezember 1938 J. A.: Thulle

Zur Wirtschaftslage

Von Prof. Dr. G. Menz

Staat und Wirtschaft — Arbeitsbuchstatistik — Einzelhandelsumsätze — Buchgewerbe und Buchhandel

Die Erörterung im Anschluß an die Brinkmannsche Rede über Staat und Wirtschaft, auf die vor vier Wochen an dieser Stelle schon hingewiesen wurde, ist im neuen Berichtsabschnitt weitergegangen, und zwar angeregt und gefördert durch neue Äußerungen, die inzwischen von zuständigen Stellen erfolgten. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhange vielleicht, was auf dem Reichsbauernntag vorgebracht wurde. Insbesondere die Rede des Staatssekretärs Bode gipfelte in der Forderung, die im Bereich des Reichsnährstandes restlos durchgeführte Marktordnung sollte auch auf die gewerbliche Wirtschaft ausgedehnt werden, da es ein Widerspruch sei, innerhalb des politisch einheitlich geführten Staates die Wirtschaft nach verschiedenen Grundsätzen arbeiten zu lassen. Staatssekretär Brinkmann hat inzwischen in Würzburg die Forderung erneut unterstrichen, daß die unternehmerische Privatinitiative für ausreichenden Leistungswettbewerb und entsprechende Leistungssteigerung zu sorgen habe, was man wohl dahin zu verstehen berechtigt ist, daß die gewerbliche Wirtschaft bei freiwilliger Erfüllung dieser Forderung eine so straffe Marktorganisation wie im agrarischen Sektor entbehren würde.

Eine umfassende Übersicht über das Gesamtproblem hat die »Kölnische Zeitung« Ende November gegeben. Sie erinnerte daran, daß schon 1931 mit der Einführung der Devisenbewirtschaftung der erste Schritt zur Einleitung der neuen Ordnung getan worden sei, die in den staatlichen Maßnahmen seit 1933 auf den gesamten Bereich der Wirtschaft ausgedehnt worden sei. Der 1936 verkündete zweite Vierjahresplan war der wichtigste weitere Meilenstein. Er habe sich in ganz kurzer Frist in den Aufgabenstellungen und in den Anforderungen an die Unternehmungen erheblich verdichtet. Für eine Reihe von Industriezweigen seien Kapazitätserweiterungen vorgesehen, die außerordentlich weit gingen. Die auf der ganzen Linie einsetzenden Erweiterungen zwängen viele im Vierjahresplan vorgesehenen Termine auf einen näheren Zeitpunkt vorzuverlegen, was auch eine gesamte Neuabstimmung der Grundlagen des Vierjahresplanes notwendig mache. Ausweitung und Beschleunigung seien auch mit einer gewissen finanziellen Anspannung verbunden, die gleichzeitig auch durch die militärischen Maßnahmen im Sommer und Herbst bedingt gewesen sei. Hinzu komme des weiteren noch, daß dieser finanzielle Engpaß gerade in dem Augenblick betreten wurde, als die am 1. April eingeführte neue Finanzierungsmethode der Staatsaufträge in ihren ersten Auswirkungen spürbar wurde. Die dadurch notwendig werdenden Anpassungsvorgänge mußten sich im übrigen auch darauf einstellen, daß in Zukunft infolge der Verdichtung des Vierjahresplanes mit weiter anwachsendem staatlichen Verbrauch zu rechnen sei. Diesen geldlichen Zusammenhängen gegenüber hat Staatssekretär Brinkmann jedoch mit Recht als das eigentlich Wesentliche den tatsächlichen Ablauf der Güterwirtschaft in Erinnerung gebracht. Dem Staat falle nicht nur die Notwendigkeit zu als Produzent, Organisator und Finanzier aufzutreten, sondern er sei notgedrungen auch in die Rolle des Verteilers hineingewachsen. In diesen ungeheuren Aufgaben

liegt nach der »Kölnischen Zeitung« die Wurzel der Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit, die sich nicht nur in der Produktionsanregung, sondern auch angesichts der Tatsache gewaltigen staatlichen Verbrauchs in einer Vielfalt von Behörden und Befugnissen zeige. Die »Kölnische Zeitung« macht dann weiter beachtliche Ausführungen über die Wehrhaftmachung, die enge Verflechtung zwischen Reichswirtschaftsministerium und der Organisation des Vierjahresplanes und über die jüngsten personellen Veränderungen. Sie schließt mit dem Hinweis darauf, daß weniger durch Verordnungen und deren Umgestaltung als durch die persönliche Energie der Wirtschaftsführer auf allen Stufen der Erfolg planvoller Wirtschaft, wie sie sich aus den Notwendigkeiten von Volk und Staat ergibt, gesichert werden könne und müsse. Daß in absehbarer Zeit mit einem Abbau dieser Verwaltungseinrichtungen und der ihre Tätigkeit regelnden Bestimmungen auf weiten Gebieten der Wirtschaft nicht gerechnet werden könne, hat auch Dr. Schacht in seiner Rede vor der Akademie für Deutsches Recht erneut in Erinnerung gebracht. Während der Bankiertag im Mai noch geglaubt hatte, auf eine Lockerung der Emissionsperre rechnen zu können, hat Dr. Schacht hier wie hinsichtlich der Lohn- und Preiskontrolle vor übereiltem Optimismus gewarnt. Einzig für die Außenhandelskontrolle und die Devisenwirtschaft hat er gewisse Erleichterungen in Aussicht gestellt, sofern es die gesamte politische Lage nicht verbieten sollte. Es wird aber hoffentlich allen an der Wirtschaft Beteiligten auch keine Schwierigkeit machen, die Notwendigkeit dieser Ordnung einzusehen und sich dieser Einsicht entsprechend in freiwilliger Disziplin der Führung zur Verfügung zu stellen und unterzuordnen. Letzten Endes schmiedet dabei die Wirtschaft nur ihr eigenes Glück; und die bisherige Entwicklung hat zur Genüge bewiesen, daß unter verantwortungsbewußter, tatkräftiger Führung das Ziel, das der Opfer würdig ist, auch erreicht wird.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat im Juni an Hand der Arbeitsbücher auch Erhebungen über die Verteilung der beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftszweigen vorgenommen. Die Zahlen sind für marxanalytische Überlegungen nicht uninteressant. Am Stichtag der Erhebung standen insgesamt 20,7 Millionen Arbeiter und Angestellte in arbeitsbuchpflichtiger Beschäftigung, davon waren 14,2 Millionen Männer und 6,5 Millionen Frauen. In der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten 2 164 000; darunter befanden sich 1 386 000 Männer und 778 000 Frauen. In Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht allein waren 1 891 000 und in Forstwirtschaft und Fischerei 183 000 Arbeiter und Angestellte tätig. In Industrie und Handwerk wurden 11,8 Millionen Arbeiter und Angestellte gezählt, davon 9,4 Millionen Männer und 2,4 Millionen Frauen. Diese Wirtschaftsabteilung ist die weitaus größte; sie umfaßt 57 Prozent aller beschäftigten Arbeiter und Angestellten, während es 1933 nur 49 Prozent waren. Zur Eisen- und Metallgewinnung und -verarbeitung einschließlich der elektrotechnischen, feinmechanischen und opti-